

15.19

**Bundesrat Peter Samt** (FPÖ, Steiermark): Frau Präsident! Herr Bundesminister! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Vorschau bezieht sich auf das Legislativ- und Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2016, das Achtzehnmonatsprogramm des Rates, das ja bis zum 30. Juni 2017 laufen wird, sowie auf das Arbeitsprogramm der niederländischen Ratspräsidentschaft für das erste Halbjahr 2016. Nicht enthalten ist das Arbeitsprogramm der slowakischen Präsidentschaft, die Slowakei wird nämlich im zweiten Halbjahr 2016 den Vorsitz im Rat führen. Ich möchte mich in meiner Rede auf zwei wesentliche Punkte konzentrieren, das ist zum einen die Landwirtschaft. Die dort angeführten Punkte, die da lauten, dass sowohl die Europäische Kommission als auch die niederländische Präsidentschaft einen ganz wesentlichen Schwerpunkt in den Themen Marktentwicklung, internationaler Handel, Kreislaufwirtschaft sowie Antibiotikaresistenz sehen – die haben sie sozusagen als Schwerpunkte herausgenommen.

Auch wird erwähnt, dass geplant ist, den Fokus auf die Wettbewerbsbedingungen und auf eine enge Abstimmung der Gemeinsamen Agrarpolitik mit den assoziierten Märkten zu legen; das betrifft auch die Preisgestaltungspolitik sowie die Tier- und Pflanzengesundheitspolitik. Es wird die Vereinfachung der Gemeinsamen Agrarpolitik prognostiziert.

„Marktsituation und -maßnahmen,“ – man höre und staune – „insbesondere Schweinefleisch- und Milchmarkt“. – Damit sind wir beim wesentlichen Thema: Das alles sind Kernpunkte, die uns momentan nicht nur bewegen, sondern die uns auch belasten. Ich glaube nicht, dass wir uns allein mit Überschriften und Ankündigungen, so wie sie hier jetzt dargestellt werden, über diese Etappen retten können.

Gehen wir zum Milchpreis: Die wichtigsten Maßnahmen für die österreichischen Milchbauern sind also nicht Überschriften und Ankündigungen, sondern wären ganz eindeutig die sofortige Aufhebung der Russland-Sanktionen sowie eine Wiedereinführung einer nationalen und auch einer europäischen Quotenregelung. Aber es schaut eher so aus, als ob wir davon meilenweit entfernt wären.

Die offensichtliche Methode hier – dass wir zum Teil in eine Art Schockstarre verfallen sind, nicht nur in Österreich, sondern auch auf europäischer Ebene – müssten wir sofort einbremsen. Sofort handeln wäre der richtige Zugang, aber der Zugang des sofortigen Handelns ist hier nicht erkennbar, vor allem auf europäischer Ebene nicht. Wenn wir auf die Asylpolitik schauen, dann sehen wir, dass das nicht unbedingt die große Stärke dieser Union ist.

Wie man unter der Überschrift „Marktsituation und -maßnahmen“ erkennen kann, greift die EU lieber in das Geldsackerl der Nettozahler innerhalb der Gemeinschaft, um mit sogenannten Sofortstützungsmaßnahmen – für verderbliches Obst und Gemüse zum Beispiel – den Markt zu stabilisieren, wie sie es nennt, als die schon erwähnten, seit August 2014 anhaltenden EU-Sanktionen, die aus unserer Sicht völlig unnötig sind, sofort auszusetzen. Es ist für mich wirklich eine unglaubliche wirtschaftliche Irrung, die da dahintersteht, die auch für die Menschen, die es betrifft, nämlich auch die Unternehmungen, die durch diese Maßnahme schon ganz schön ins Schleudern geraten sind, und auch und insbesondere für die Steiermark in vielen Bereichen als tödlich zu bezeichnen ist. Wenn der ehemalige Agrarkommissar Fischler meint, man könnte vielleicht mit einer schrittweisen Aufhebung dieser Sanktionen den richtigen Zugang finden, dann sage ich Ihnen, das ist zu kurz gegriffen. Wir werden mit schrittweisen Übergangslösungen hier keinen Erfolg haben.

Der steiermärkische Wirtschaftskammerpräsident Jürgen Roth hat gesagt, grundsätzlich sieht er das so ähnlich wie Wirtschaftskammerpräsident Leitl (*Bundesrat Gödl: Er ist Vizepräsident der Wirtschaftskammer, nicht der steirischen!*) – entschuldige! –, wie Wirtschaftskammerpräsident Leitl, der gesagt hat, die Wirtschaft sollte nicht als Instrument der Politik missbraucht werden. Auch dort ist schon mitgeteilt worden, dass die Situation für die steirische Wirtschaft alles andere als rosig ist. Ähnlich argumentiert auch die Industriellenvereinigung, dass also zuerst, wie es heißt, die Wirtschaft betroffen ist. Dies betrifft nicht nur die Obstwirtschaft, sondern vor allem auch Unternehmen mit Hochtechnologie und Exportorientierung.

Betroffen ist aber auch die steirische Tourismusindustrie. Das Ausbleiben der russischen Gäste ist nicht nur befürchtet worden, sondern ist auch tatsächlich eingetreten, vor allem im Städtetourismus, wo viele Gäste ausgeblieben sind. Diese Liste direkter Auswirkungen kann man eigentlich beliebig fortführen.

So zum Beispiel jetzt in der Steiermark: „Die Presse“ hat im März 2016 berichtet, dass der 1995 gegründete Obsthändler „Steirerfrucht“ insolvent ist. Laut KSV, so ist zu lesen gewesen, haben zusätzlich zu den ungenutzten Eigenkapazitäten die Überkapazitäten in Europa und das Russland-Embargo die wirtschaftliche Situation verschärft. Als aktuellen Input: Gestern haben wir gelesen, dass durch den Zusammenschluss von zirka 600 Obstbauern in der Steiermark der Betrieb und die 97 Mitarbeiter vorerst gerettet wurden.

Diese Liste der Ankündigungen innerhalb des Berichtes der EU geht weiter. Man plant, für 2016 neue Märkte zu öffnen, und man „wird weiterhin Gespräche mit der

Russischen Föderation führen, um nicht tarifäre Handelshemmnisse zu beseitigen“. Ich verstehe nicht, warum man nicht das Embargo beseitigt. Aber vielleicht wird uns der Herr Minister dazu noch einiges erzählen.

Damit sind wir bei dem Thema angelangt, das ganz offensichtlich auch für die EU erste Priorität hat: die festgelegten Freihandelsabkommen CETA und TTIP. Im Bericht steht: „Für 2016 ist auch eine ambitionierte bilaterale Handelsagenda vorgesehen. Das Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) mit den USA bleibt weiterhin prioritär, die Verhandlungen zwischen den USA und der EU werden fortgesetzt.“

Als Nachsatz dazu möchte ich bemerken, dass es in diesem Zusammenhang offensichtlich völlig egal ist, was die einzelnen Mitgliedstaaten oder deren politische Vertreter darüber denken. Es wird, so wie die letzten Entwicklungen auch im Ausschuss waren, offensichtlich so ausschauen, dass wir zurzeit CETA durch die Vordertüre bekommen – nötigenfalls ohne Parlamentsbeschluss – und TTIP danach durch die Hintertüre. Ich sage, jeder, der diesem Abkommen zustimmt, beteiligt sich an nichts anderem als an der kompromisslosen Absenkung unserer Lebensmittelstandards und am Export der dazugehörigen Gerichtsbarkeit mit Sondergerichten nach Übersee, in die USA, nach Kanada oder sonst wohin.

Das, geschätzte Damen und Herren, kann nicht Ziel einer Außenhandelsbeziehung sein, das lehnen nicht nur wir, die FPÖ, ab, sondern auch viele andere in diesem Land. Dazu haben wir ja schon sehr, sehr interessante Stellungnahmen von Politikern, sowohl von der ÖVP als auch von der SPÖ, gehört. Dazu vielleicht noch ein Schmankerl, das vor allem für die ÖVP interessant ist. Landesrat Seitinger aus der Steiermark hat wortwörtlich gesagt:

Er „verstehe, dass die Industrie auf ein Freihandelsabkommen hofft. Die Landwirtschaft dürfe aber nicht geopfert werden. Das fängt mit dem Freihandelsabkommen Ceta (...) an. Da sind ‚sehr wohl negative Auswirkungen zu erwarten‘. Noch mehr Importe von Schweinefleisch etwa – das ‚wäre Öl ins Fegefeuer unserer Schweinebauern gießen“.

„Die Freihandelsabkommen würden ‚ein Absenken der Erzeugerpreise, und schließlich unserer Standards‘ bewirken. Daher:“ – sagt er, der Herr Landesrat – „TTIP ist ein totes Pferd.‘ Der Agrarsektor, vor allem bei einer kleinstrukturierten Landwirtschaft wie in Österreich, müsse aus dem Abkommen herausgelöst werden.“

Dort möchte ich mich anschließen, damit möchte ich fast schon abschließen: TTIP ist ein totes Pferd! Ein Indianersprichwort sagt (*Bundesrat Mayer: Reite nie ein totes Pferd!*): Wenn du entdeckst, dass du ein totes Pferd reitest, steige ab.

Damit bin ich am Schluss, geschätzte Damen und Herren. Unsere Haltung zu diesem Bericht ist eine klar ablehnende. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ.)*

15.28

**Vizepräsidentin Ingrid Winkler:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Tiefnig. Ich erteile ihm dieses.